

Humangenetik, Philosophie und die Idee der Menschenwürde

Ulrich Diehl

In der deutschen Kontroverse um das sog. therapeutische Klonen scheinen die Argumente *pro* und *contra* ausgetauscht zu sein. Die verantwortlichen Politiker der Bundesregierung, allen voran die sozialdemokratische Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, haben eine Entscheidung getroffen. Sie folgen vorläufig nicht der britischen Linie einer eingeschränkten Freigabe des Embryonenverbrauches zum Zwecke des sog. therapeutischen Klonens. Der ausschlaggebende Grund für diese politische Entscheidung lag aber nicht in der normativen Überzeugung, dass der verfassungsrechtliche Schutz der unveräußerlichen Würde des Menschen grundsätzlich auch für die befruchtete menschliche Eizelle, die daraus entstehenden Blastomere und Embryonen zu gelten hat. Er lag vielmehr in der unter den Experten verbreiteten Erwartung, dass die Stammzellenforschung in ein bis zwei Jahren so weit fortgeschritten sein wird, dass sie dann ihre weitgehend berechtigten und verständlichen therapeutischen Ziele auf anderen, ethisch weniger umstrittenen Wegen erreichen kann. Aufgrund dieser Aussicht schien ein in die wissenschaftliche Forschungsfreiheit eingreifendes Veto von Seiten der verantwortlichen Politiker und damit ein vorläufiger Aufschub des Machbaren aus ungeklärten ethischen und rechtlichen Gründen vertretbar zu sein.

Diese politische Entscheidung ist das Ergebnis ausgewogener politischer Pragmatie. Pragmatisch ist sie, weil sie das umstrittene normative Problem umgeht. Das normative Problem besteht nämlich in der Frage, welche verfassungsrechtlichen, moralischen und medizinethischen Prinzipien die Handlungsspielräume der medizinischen Forscher im Umgang mit dem werdenden menschlichen Leben auch in Zukunft tragen und begrenzen sollen. Eine solche pragmatische Entscheidung ist in der Politik nicht nur legitim, sondern auch verantwortungsgemäß, denn die Bundesregierung trägt in unserer rechtsstaatlichen Demokratie nur exekutive Verantwortung, nicht aber legislative. Die reale politische Gefahr eines bisher in der Geschichte der Menschheit gänzlich neuen Dammbrechens durch das sog. therapeutische Klonen im Hinblick auf die eventuell realisierbare Möglichkeit des selektiven Klonierens und gezielten Züchtens von Menschen scheint hierzulande zunächst einmal durch diese kluge politische Entscheidung abgewendet zu sein.

Politik in der rechtsstaatlichen Demokratie und sokratische Philosophie

Politik in der rechtsstaatlichen Demokratie ist die praktische Kunst des verantwortungsvollen Umganges mit rechtmäßig anvertrauter politischer Macht. Um diese zu gewinnen und zu erhalten, bedarf es sicherlich auch einer guten Portion politischer Klugheit, strategischer Sicherung der eigenen Macht und politischer Pragmatik. Politische Pragmatik ist dabei jeder ideologischen Verblendung allzumal vorzuziehen. Sie verdient vollen Respekt, zumal wenn sie Ergebnis einer demokratischen Willensbildung ist. Verantwortungsvoller Umgang mit der politisch anvertrauten Macht kann aber in einer rechtsstaatlichen Demokratie nur bedeuten, dass zuallererst die politischen und rechtlichen Institutionen, allen voran die in der Verfassung garantierten Grundrechte, die politische Pragmatik begrenzen. Die Interessen der Wirtschaft, der Verbände, der Parteimitglieder und der Wählerschaft sollten, wenn es primär auf die Verfassung ankommt, zurück gestellt werden. Denn damit ist ihnen am besten gedient. Keine gegenwärtige und zukünftige Politik kann sich der weithin anerkannten sittlichen Prinzipien entledigen, die den Geist unserer Verfassung und das Ethos der internationalen Menschenrechtskonventionen tragen. Politische Missachtung dieser Prinzipien bedeutete Verrat an den Idealen und Prinzipien der rechtsstaatlichen Institutionen. Ein solcher Verrat würde auf Dauer nicht nur die zivilisatorischen Grundlagen unseres Gemeinwesens untergraben, sondern auch den nicht gerade unbedeutenden deutschen Beitrag zu einer völkerrechtlich geregelten Koexistenz der Nationen vereiteln. Davon aber hängt die Zukunft der Menschheit ab.

Respekt vor den verfassungsrechtlichen Idealen, Prinzipien und Institutionen sind in einer rechtsstaatlichen Demokratie der Garant dafür, dass es in der Politik nicht alleine um die eigene Macht geht, sondern um das gegenwärtige und zukünftige Wohlergehen der Bevölkerung in möglichst gerechten, freiheitlichen und friedlichen Verhältnissen. Verfassungspatriotischer Respekt sollte das einigende Band für alle demokratischen Bürger, Politiker, Parteien und Organisationen sein. Dieser Respekt verlangt nun aber nicht nur eine vage Kenntnis der normativen Ideale, Prinzipien und Institutionen. Er fordert auch engagiertes Verständnis und gezielte Zivilcourage. Deswegen müssen die in der Gegenwart und Zukunft drängenden Probleme des Umganges mit den jeweiligen Resultaten der fortschreitenden biologischen, humangenetischen und medizinischen Forschung in einer politisch gebildeten Öffentlichkeit diskutiert und nicht verdrängt werden. In einer lebendigen Demokratie gibt es

für solche Diskussionen genügend Foren: gesellschaftliche wie Universitäten, Akademien, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Medien, aber auch politische wie Parlament, ministerielle Gremien und Expertenkommissionen. Es gibt also eigentlich keinen Grund zur Panikmache, wie sie sich vor allem in populistischen Medien ausbreitet.

Die Diskussionen über Humangenetik und ihre Folgen werfen nun aber nicht nur politische, verfassungsrechtliche und medizinethische Detailfragen auf. Sie werfen auch grundsätzlichere Fragen auf, die das Verhältnis der Politik zur Jurisprudenz und zur Medizinethik überhaupt betreffen. Wenn es in solchen Diskussionen um kompetente Interpretationen der verfassungsrechtlichen und medizinrechtlichen Grundsätze geht, fällt das genau genommen in den Kompetenzbereich der Verfassungsrechtler und nicht in den der Medizinethiker und Philosophen. Die hermeneutische Kunst der Verfassungsinterpretation bedarf nämlich einer spezifisch juristischen Interpretationskunst. Diese ist immer schon an den vorliegenden Verfassungstext gebunden und setzt nicht nur die genaue Kenntnis des positiv aufgefassten Verfassungskodexes voraus, sondern auch die Kenntnis der gängigen Interpretationen der Verfassungsrechtler und der legislativen Entscheidungen der Bundesrichter. Auf diesem schwierigen Terrain können sogar hochbegabte und anerkannte Philosophen ins Schleudern kommen. Umgekehrt können aber auch kompetente Verfassungsrechtler zu relativistischen Sophisten mutieren, wenn sie sich auf das ebenfalls diffizile Territorium der Medizinethik begeben.

In diesem Punkt lohnt es sich, sich einmal mehr an den Heidelberger Philosophen Hans-Georg Gadamer zu erinnern, dessen an Aristoteles und Kant geschulte Urteilskraft sich ein verlässliches Sensorium für die Eigengesetzlichkeit der verschiedenen Lebensbereiche unserer Lebenswelt bewahrt hat. Dieses Sensorium führt zu einem gewissen Misstrauen gegenüber einer von allen praktischen Zusammenhängen losgelösten philosophischen Interpretations- und Argumentationskunst. Daraus entspringt nicht nur ein sokratischer Vorbehalt gegenüber der sophistischen Kunst des Relativierens in den Angelegenheiten der Moral und des Rechtes. Daraus resultiert auch eine deutliche Distanz gegenüber einem unbotmäßigen Moralisieren, das einen akademischen Lehrstuhl mit einem moralischen Richterstuhl verwechselt. Gadamer bekennt sich vielmehr zu einer sokratischen Ratlosigkeit angesichts der Entwicklungen der Wissenschaften und Technologien in der modernen Welt. Das erlaubt ihm auch noch im Angesicht der Gefahr seinem hintergründigen Tiefsinn und zuversichtlichen Humor zu

bewahren.

Aufgrund seiner eingestanden Ratlosigkeit verachtet der Sokratiker gerade nicht den Pragmatiker. Auch wird er es tunlichst vermeiden, "den Politikern" die Leviten zu lesen oder ihnen gar "den rechten Weg" weisen zu wollen. Der Sokratiker kann und will gerade nicht die Entscheidungsnot der Politiker aufheben, indem er sich in deren schwieriges Geschäft einmischt. Er versteht, dass deren argumentative Begründungsnot offensichtlich ist. Er weiß, dass die verantwortlichen Politiker heutzutage stets unter Zeitdruck stehen und ihnen Entscheidungen abverlangt werden, deren langfristige Folgen sie in der Regel nicht abschätzen können. Er weiß, dass das keiner kann, auch nicht die wissenschaftlichen Experten. Er steht mit Rat und Tat zur Seite, wenn man ihn ruft. Ansonsten ermutigt er zum gewissenhaften Gespräch, weil gerade in unserer heutigen unübersichtlichen Welt keiner alle Aspekte einer Sachlage überschaut und niemand stets die unter den gegebenen Umständen beste Lösung parat hat.

Anders als die selbsternannten Apokalyptiker vertraut der Sokratiker auf die von Hegel gepriesene historische "List der Vernunft", die die immer nur fragmentarische menschliche Vernunft schrittweise korrigiert und ergänzt. Daraus folgt auch ein Zutrauen in die arbeitsteilige moderne Demokratie: Der hochrangige Politiker tut seine Arbeit nach seinem eigenen Ermessen und erfüllt die eigengesetzlichen Pflichten politischer "Verantwortungsgesinnung" (Odo Marquard). Die Verfassungsrechtler interpretieren die Verfassung und treffen rechtlich verbindliche legislative Entscheidungen. Die Philosophen bewahren die philosophische Überlieferung und diskutieren auf diesem historischen Hintergrund weitgehend unverbindlich die neu aufgetauchten normativen Probleme des gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Umganges mit den ebenso erstaunlichen wie beängstigenden Resultaten der modernen Naturwissenschaften und Technologien.

Gewiss: Diese neuen Probleme sind in der Geschichte der Menschheit bisher noch nicht da gewesen. Sie fordern nicht nur Wissenschaftler, Politiker, Verfassungsrechtler und Medizinethiker heraus. Sie fordern auch alle problembewussten Zeitgenossen und mitverantwortlichen Bürger heraus, die an der wissenschaftlichen und technologischen Front dieser Entwicklungen stehen. Aber auch, wenn diese Entwicklungen uns ganz neue Entscheidungen abverlangen, sind sie doch niemals so andersartig als alles Bisherige, dass sie

sich nicht auf dem Hintergrund unserer deutschen und europäischen Verfassungstraditionen und kulturellen Überlieferungen bewältigen ließen. Zumindest ist das vorläufige Vertrauen in die erneuerungsfähige Kraft dieser geschichtlichen Überlieferung Europas weder eine Naivität noch eine Dummheit. Allerdings müssen dann auch die Bildungschancen bereit gestellt werden, damit dieses implizite "kulturelle Gedächtnis" (Jan Assmann) in jeder Generation neu interpretiert werden kann.

Die allzu lauten Kassandrarufer derjenigen, die darauf nicht vertrauen, sind verführerisch. Julian Nida-Rümelin hat in seinem eigenen Beitrag zum Problem der Stammzellforschung ganz zurecht darauf hingewiesen, dass bei den herausfordernden Entwicklungen in den Naturwissenschaften und Technologien in der Regel weder die Euphoriker noch die Apokalyptiker Recht behalten. Deswegen ist es ratsam, sich nicht von den in den Medien besonders präsenten Salonphilosophen in die Irre führen zu lassen. Deren lautes Getrommel dient vor allem ihrem eigenen Geschäft. Allerdings gilt es auch ein gesundes Misstrauen an den Tag legen, wenn ein für spezifisch deutsche Gesinnungslagen unsensibler, australischer Medizinethiker wie Peter Singer provokativ und populistisch von einer "Würde der Kühe" daherredet. Problematisch ist zwar auch seine naturalistische und utilitaristische Philosophie, aus der sich höchst fragwürdige medizinethische Konsequenzen ergeben. Dennoch sollte man ihm zumindest in der akademischen Öffentlichkeit volle Meinungsfreiheit zugestehen. Denn nichts entlarvt sich so leicht wie eine fragwürdige Philosophie. Das gilt erst recht, wenn ihr Protagonist von der Ideengeschichte des europäischen Würdebegriffs von Cicero bis Kant und von Kant bis zu Artikel 1 unserer Verfassung keine Ahnung zu haben scheint.

Eine gründlicheres philosophisches Nachdenken bedarf nun aber auch nicht nur einer verstehenden Vertrautheit mit der Eigengesetzlichkeit der politischen, verfassungsrechtlichen und medizinethischen Konstellationen und Kompetenzen. Es führt auch zu einem Nachdenken über die existentielle Situation des Menschen in der Moderne. Dabei wird deutlich, dass das umfassende Weltbild und das Naturverständnis, das kulturelle und das geschichtliche Selbstverständnis der Menschen zunehmend von den sich wandelnden wissenschaftlichen Überzeugungen und technologischen Fähigkeiten geprägt werden. Davon betroffen sind sogar das persönlich-biographische, das leiblich-seelische und das kognitiv-ideelle Selbstverständnis der Menschen. Der alltägliche Umgang mit Fahrzeugen, Computern, Maschinen und anderen technischen Geräten führt zu einer technizistischen Sprache, einer

instrumentalistischen Denkweise und einem mechanistischen Selbstverständnis vieler Menschen. Diese Entwicklung führt aber zu einer individuellen Selbstentfremdung vom leiblichen Selbsterleben, zu einer emotionalen Gefühlskälte und zu einer defizitären Gefühlskultur, die für ein zivilisiertes Gemeinwesen und eine eigentlich selbstverständliche Mitmenschlichkeit abträglich sind. Psychiater, Psychosomatiker und Psychotherapeuten sind seit einiger Zeit mit den seelischen Auswirkungen und gesellschaftlichen Folgeerscheinungen dieses mechanistischen und funktionalistischen Selbstverständnisses in der wissenschaftlich-technologischen Zivilisation konfrontiert.

Das politische Problem

Das politische Problem in unserer wissenschaftlich-technisch geprägten Zivilisation liegt nun aber gar nicht darin, dass die Bürger, Experten und Politiker in ihrer jeweiligen Arbeitswelt die Begriffe und Argumente der Verfassungsrechtler und Medizinethiker aufnehmen, verstehen und verwenden können müssen, um mit den neuartigen und schwierigen Problemen zu Rande zu kommen. Das wäre nicht das erste Mal, dass die europäische Kultur mit neuen und andersartigen Problemen konfrontiert war und sie mit den überlieferten technischen, sozialen und intellektuellen Ressourcen bewältigt hat. Beispiele aus der Renaissance, Aufklärung und Moderne gibt es zuhauf. In der jüngsten Geschichte zeugt die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von dieser eigentümlichen Kraft der europäischen Kultur nach den verheerenden Katastrophen zweier Weltkriege, die aus den totalitären Massenbewegungen des Stalinismus, des Faschismus und des Nationalsozialismus hervorgegangen sind.

Das politische Problem liegt nicht einmal in den neuen humangenetischen Forschungen der Wissenschaftler selbst. Diese enthalten zwar in der Tat ganz neue Gefahrenmomente, aber doch nicht solche, die sich nicht im Rahmen unserer rechtlichen und politischen Institutionen bewältigen ließen. Unser eigentliches Problem ist nämlich gar kein politisches im Sinne ungenügender Institutionen. Deutschland besitzt eine der besten Verfassungen der Welt. Andere Länder in Südamerika oder Osteuropa bewundern sie und sie dient ihnen als Modell für ihre eigene Verfassung. Außerdem erfreuen wir uns eines Rechtsstaates und eines politischen Systems, die im Großen und Ganzen zuverlässig sind. Unser Problem ist nicht einmal so sehr eines der politischen Kultur in dem Sinne, dass es wenigstens unter den Gebildeten ein mangelndes Vertrauen in diese Institutionen, ein fehlendes Verständnis des

Geistes unserer Verfassung oder einen unzureichenden deutschen Verfassungspatriotismus gäbe.

Unser politisches Problem ist ein nämlich eigentlich ein kulturelles Problem. Es liegt in dem fehlenden Geistesleben, das in der Lage wäre, den freiheitlichen Geist unserer Verfassung auszulegen und zu verteidigen. Die meisten der durch die gescheiterte 68-er Bewegung enttäuschten Intellektuellen haben sich längst einem gewissen Zynismus verschrieben, den sie mit geistvoller Ironie verwechseln. Sie sind von Marx zu Nietzsche konvertiert und pflegen einen salonfähigen Individualismus und ein machtbewusstes Karrierestreben. Das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und die USA. Nicht mehr Habermas, Bourdieu und Chomsky, sondern Sloterdijk, Houllebecque und Rorty sind die neuen Helden. Die mögen sich auch noch so oft wiederholen und widersprechen. Sensationen, Irrationalismus und bloße Willkür sind in Mode.

Während sich viele Intellektuelle nur noch um sich selbst drehen, breitet sich nicht nur in den einflussreichsten Magazinen, sondern auch in den Feuilletons angesehener Zeitungen ein von Evolutionstheorie, Humangenetik und Neurowissenschaften geprägtes biologistisches und deterministisches Menschenbild aus, das gewöhnlich mit einem Sozialdarwinismus, bestenfalls aber mit einer utilitaristischen Ethik einhergeht. Dieses Menschenbild bleibt nun aber weit hinter dem ideellen Geist unserer Verfassung zurück und ist kaum in der Lage, die Idee der Menschenwürde überhaupt noch verständlich zu machen. Erschreckend ist, mit welcher geistigen Müdigkeit und ideellen Ohnmacht die Intellektuellen darauf reagieren. Nun schöpfen die Intellektuellen und Journalisten in der Regel auch nur aus den geistigen Quellen, die in ihrer jeweiligen Kultur lebendig sind. Deswegen liegt am Ende unser eigentliches Problem darin, dass viele von denjenigen Philosophen, die hier Abhilfe schaffen können müssten, selbst dazu gar nicht mehr in der Lage sind. Denn nur allzu viele von ihnen sind selbst von dem szientistischen Welt- und Menschenbild der wissenschaftlich-technologischen Zivilisation erfasst worden. Ihr ästhetischer Sinn und ihre poetischen Kräfte sind erstickt. Sie verstehen Buchstaben, Zahlen und Tabellen, aber keine Ideen, Metaphern und Mythen mehr.

Was uns fehlt sind gute Köpfe, die noch mit einem starken Herzen in Verbindung stehen: Menschen mit einem Common Sense, der es versteht, politischen Realismus mit praktischen Idealismus zu verbinden; Philosophen, die weder positivistisch die ideelle Vernunft mit dem

empirischen Verstand verwechseln, weil sie keinen Sinn für Ideen haben; Denker, die die Idee der menschlichen Würde verteidigen; Intellektuelle, die wissen, dass von dieser Idee jedes sinnvolle Engagement für die politischen Ideale der Freiheit, der rechtlichen und politischen Gleichheit und der Solidarität abhängt; Zeitgenossen mit Weitblick, die wissen, dass eine Menschheit ohne diese Ideale eine neue Barbarei heraufbeschwören wird.

Im vergangenen Jahrhundert gab es einen Philosophen, der das gebildete Europa an sein geistiges Erbe erinnert hat. Angesichts der damaligen totalitären Massenbewegungen warnte er vor dem Aufstand der Massen. Heute müsste er eher vor einer Trägheit der Massen und einem ausbleibenden Aufstand der Intellektuellen warnen. Sein Name war: José Ortega y Gasset. In einer anscheinend unbedeutenden Fußnote seines berühmten Traktates *Der Aufstand der Massen* formulierte er, was immer noch unser eigentliches Problem ist:

”Damit die Philosophie herrsche, ist es nicht nötig, dass die Philosophen herrschen, wie Plato zuerst forderte, noch auch dass die Herrscher philosophieren, wie er später bescheidener erstrebte. Beides ist im Grunde unheilvoll. Damit die Philosophie herrsche, genügt es, dass sie existiert, das heißt, dass die Philosophen wirklich Philosophen sind. Seit fast einem Jahrhundert sind die Philosophen alles, nur nicht dies; sie sind Politiker, Pädagogen, Literaten oder Wissenschaftler.”

Es lohnt sich über diese Fußnote nachzudenken. Doch dazu brauchen wir Zeit und Muße.

© Wissenschaftsforum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Berlin 2001